

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 10.000/19 - Parl/79

Wien, am 16. März 1979

An die
PARLAMENTS DIREKTION**2329/AB****1979 -03- 27**Parlament
1010 - W i e nzu **2399/J**

Die schriftl. parl. Anfrage Nr. 2399/J-NR/79,
betreffend Abgeltung von Mehrdienstleistungen für die
Tätigkeit als Besuchsschullehrer, die die Abgeordneten
PETER und Genossen am 26. Februar 1979 an mich richteten,
beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

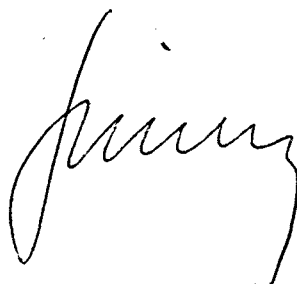
ad 1 und 2)

Gemäß § 59 Abs. 12 Z. 3 lit. a des
GG. 1956 gebührt Lehrern der VGr. L 2 a 2, die an
Hauptschulen ganzjährig mit der Erteilung des übungsschulmäßigen Unterrichtes im Umfang des Unterrichtes an Übungsschulen betraut sind, eine Dienstzulage. Die Höhe der Dienstzulage beträgt den Unterschiedsbetrag zwischen dem Gehalt (einschließlich einer allfälligen Dienstalterszulage und Ergänzungszulage) des Lehrers und dem Gehalt (einschließlich einer allfälligen DAZ), der dem Lehrer gebühren würde, wenn er zum Lehrer der VGr. L 1 ernannt worden wäre, mindestens jedoch
S 555,-.

- 2 -

Eine analoge Regelung für die Besuchsschullehrer an Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen fehlt im Gehaltsgesetz. Dieses Anliegen wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst aufgegriffen und bereits an das Bundeskanzleramt herangetragen. Im Entwurf zur 34. GG.Novelle ist dieses Anliegen insofern berücksichtigt, als laut Art. I Z. 4 im § 59 Abs. 12 Z. 3 lit. a nach dem Wort "Hauptschulen" eingefügt wird "Sonderschulen oder Polytechnische Lehrgänge".

Sollte es in einzelnen Bundesländern eine Abgeltung für diesen Personenkreis gegeben haben, könnte diese nur im Belohnungsweg erfolgt sein. Warum diese allenfalls eingestellt worden ist, kann vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst nicht beurteilt werden. Sollte jedoch eine Landeslehrerdienstbehörde an das ho. Ressort mit einer derartigen Anfrage herantreten, würde das Bundesministerium für Unterricht und Kunst die Auffassung vertreten, daß eine Abgeltung in Form einer Belohnung in der obgenannten Höhe bis zum Inkrafttreten der beabsichtigten Gesetzesregelung erfolgen kann.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. J. J.' or similar, written in a cursive style.